

100 Tage Regierung Castillo – eine erste Bilanz

30. November 2021

Referent*innen:

Rocío Silva Santisteban, Dichterin, Aktivistin, Ex-Kongressabgeordnete, Lima

Oracio Pacori, Direktor Derechos Humanos sin Fronteras und Ex-Kongressabgeordneter, Cusco

Moderation: Jonas Emrich

Als Einstieg fragten wir die Teilnehmenden, wie sie die bisherige Arbeit der neuen Regierung beurteilen. Mehr als 51% konnten dies nicht beurteilen. 5,4% bewerteten die Arbeit mit gut, 27% mit befriedigend, 5,4% mit ausreichend und 10,8% mit mangelhaft.

Die Veranstaltung verlief in der Form eines Interviews mit Fragen zu den verschiedenen Themenfeldern, in die wir die Fragen der Teilnehmenden aus dem Chat mit aufnahmen.

Mehr Fehler als Erfolge

Zunächst fragten wir die beiden Referent*innen nach den wichtigsten Erfolgen und größten Fehlern der Regierung Castillo. Rocío Silva sieht schon in der Tatsache, dass Castillo zum Präsidenten gewählt wurde, einen „moralischen Erfolg“. Sein Wahlsieg hat vielen die Hoffnung gegeben, dass sich in der Politik etwas ändern kann und dass Probleme auf die politische Agenda gesetzt werden, die bisher keine Aufmerksamkeit fanden. Silva und Pacori waren sich außerdem einig, dass die Impfkampagne gut organisiert und sehr erfolgreich war, was für das stark von der Pandemie betroffene Land sehr wichtig ist. Das Impfangebot erreichte auch weit abgelegene Orte, was dem großen Engagement des medizinischen Personals zu verdanken ist. Oracio Pacori bewertete die Vorschläge für eine Steuerreform, vor allem für den Bergbausektor, positiv, sieht jedoch keine Chancen, dass die entsprechenden Gesetzesinitiativen im Parlament eine Mehrheit finden. Rocío Silva ergänzte Ähnliches zur Agrarreform: Es sei sehr gut, der kleinbäuerlichen Landwirtschaft mehr Gewicht zu geben. Aber auch hier stehen die Chancen für die nötigen Gesetzesänderungen schlecht.

Silva und Pacori sehen allerdings mehr Fehler als Erfolge in der bisherigen Regierungsarbeit. Zu vielen wichtigen Themen fehlt der Regierung eine Strategie: Inflation und steigende Gas- und Benzinpreise führen zu einem Vertrauensverlust in die wirtschaftliche Kompetenz der Regierung. Für Verbesserungen im vernachlässigten Bildungssystem, für den Kampf gegen Korruption und für die Lösung der zahlreichen sozialen und Umweltkonflikte konnte die Regierung bisher keine überzeugenden Konzepte präsentieren. Auch gegen die heftige Kampagne der ultrarechten Parteien und Gruppierungen sowie der Medien fehlt ihr eine Strategie. Das Kabinett ist instabil und wechselhaft: Minister*innen werden in kürzester Zeit ernannt und wieder abgesetzt. Die Regierungspartei Perú Libre ist tief gespalten. Ein Teil der Partei stimmte gegen die Wahl der Premierministerin Mirtha Vázquez und des eigenen Kabinetts. Hier fehlt Castillo Führungskompetenz. Er ist außerdem ein extrem misstrauischer Präsident, der seinen eigenen Ministern nicht vertraut, wenn sie nicht zu seinen nächsten Vertrauten zählen und aus seiner Region kommen. Das ist für die Regierungsarbeit äußerst problematisch.

Gute Absichten in der Gesundheits-, Agrar- und Steuerpolitik

Die Impfkampagne läuft sehr erfolgreich, aber weitere Strategien gegen die Pandemie gibt es nicht. Es gibt derzeit 2.500 Intensivbetten, gebraucht werden 4.500. Auch in einer nächsten Welle wird es wieder Sauerstoffmangel geben. Strukturelle Probleme und Korruption im Gesundheitswesen müssten dringend angegangen werden.

Das Ziel der Agrarreform, die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die Partizipation der sozialen Organisationen zu stärken, wird von Oracio Pacori ausdrücklich begrüßt. Aber auch hier fehlt eine klare Strategie der hierfür eingesetzten Kommission, um die Organisationen zu begleiten und zu unterstützen und die Erwartungen der Bevölkerung zu erfüllen. Die Gefahr ist groß, dass die Regierung die Unterstützung und Zustimmung der Bevölkerung auf dem Land verliert, wenn sie hier nicht liefert.

Die Steuerreform, die Wirtschaftsminister Pedro Francke vorgelegt hat, sieht Steuererhöhungen für Minenunternehmen vor. Die Unternehmen und der Unternehmerverband CONFIEP protestierten heftig dagegen. Der Minister argumentiert, die Minen hätten in der Pandemie im Gegensatz zu vielen anderen unverändert weiter produzieren können, seien also wirtschaftlich stark. Er betonte, die Regierung habe Interesse am Bergbau, wolle aber, dass das Land am Gewinn und Reichtum Anteil hat. Oracio Pacori betonte, höhere Unternehmenssteuern seien richtig und wichtig, nicht nur im Bergbausektor. Der Aufschrei der Minenunternehmen sei unbegründet. In Chile etwa beläuft sich die Steuer für Minenunternehmen auf 26 Prozent, in Peru lediglich auf 16 Prozent.

Der Präsident verliert an Zustimmung

Die Zustimmung für den Präsidenten ist deutlich zurückgegangen: Laut IPSOS betrug sie im November nur noch 35 Prozent. Im September waren es noch 42 Prozent. Neben der Medienkampagne gegen die Regierung Castillo liegt dies nach Ansicht von Rocío Silva vor allem an eigenen Fehlern. Dem Präsidenten gelingt es nicht, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Dies, zusammen mit Korruptionsfällen und internen Konflikten, schadet der Regierung deutlich mehr als die negative Presse, so Silvas Einschätzung. Im Süden des Landes ist der Vertrauensverlust nicht so stark, hier hat Castillo noch Zustimmungswerte um die 50 Prozent. Die Zustimmung der Bevölkerung für das Parlament ist noch deutlich geringer als für den Präsidenten. 75 Prozent sind unzufrieden mit der Arbeit der Kongressabgeordneten.

Castillo hat seit seinem Antritt kein einziges Interview gegeben. Seine Form der Kommunikation sind Kundgebungen in verschiedenen Orten des Landes. Damit erreicht er zwar die dortige Bevölkerung, viele andere aber nicht, vor allem die Bewohner*innen Limas, wo er deutlich an Zustimmung verloren hat.

Gerade die von sozialen Konflikten in Bergbauregionen Betroffenen haben große Hoffnung in die Regierung Castillo gesetzt. Sie haben die fehlende Präsenz des Staates in diesen Konflikten beklagt und deshalb Castillo gewählt. Natürlich lassen sich diese Konflikte nicht einfach und schnell lösen. Dennoch fehlen der Regierung der Nachdruck und eine Strategie, diese Themen anzugehen. Viele setzen hier große Hoffnungen auf die Premierministerin Mirta Vásquez. Sie allein jedoch kann die Probleme nicht lösen, betonte Oracio Pacori. Sie braucht den Rückhalt der ganzen Regierung, eine klare Strategie und zuständige, engagierte Institutionen.

Die Gefahr der Amtsenthebung

Die Möglichkeit der Amtsenthebung des Präsidenten durch das Parlament ist eine Karte, die viele Parteien spielen, selbst Perú Libre. Am 7. Dezember wird der Kongress darüber abstimmen, ob es ein Amtsenthebungsverfahren gegen Castillo geben soll. Am Tag vor der Abstimmung wird es viele Gespräche, Kungeleien und Bestechungsversuche geben, mit denen die Zustimmung erreicht werden soll. Dies ist inzwischen ein bekanntes politisches Spiel. Nach Ansicht von Rocío Silva ist die geplante Amtsenthebung verfassungswidrig, so wie es schon das Verfahren gegen Präsident Vizcarra im November 2020 war. Für Castillo ist die Situation deshalb besonders gefährlich, weil er Zustimmung in der Bevölkerung verliert. Er braucht dringend die Unterstützung von sozialen Organisationen und Gruppen, die wie im vergangenen November auf die Straße gehen und gegen eine Amtsenthebung protestieren. Gewerkschaften, Basis- und soziale Gruppen müssen gemeinsam und koordiniert gegen diesen Angriff auf die Demokratie demonstrieren, so der Appell von Rocío Silva. Präsident Castillo sieht sie jedoch nicht als Verbündete an, sondern verhält sich vielmehr misstrauisch bis ablehnend ihnen gegenüber und sucht keinerlei Kommunikation. Das ist sehr gefährlich für ihn.

Am Ende stellten wir den Teilnehmenden noch einmal die Eingangsfrage nach ihrer Bewertung der Regierung. Jetzt antworteten nur noch 4%, dass sie dies nicht beurteilen könnten. 4% bewerteten die Arbeit mit gut, 20% mit befriedigend und je 36% mit ausreichend bzw. mangelhaft.

Annette Brox